

Deutschland.

Berlin, 6. Januar. Von einigen Zeitungen wird die Frage der diplomatischen Vorlesung als bestritten angesehen und dabei namentlich auf die Reise des russischen Gesandten Baron von Bubberg nach Petersburg und dessen längere Abwesenheit von Paris hingewiesen. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß die Besprechungen wegen der Vorlesung noch fort dauern. Ueber die Dauer der Landtagssession werden in den Zeitungen vielfache Vermuthungen aufgestellt. Dieselbe wird weniger von dem Willen der Regierung als dem Tempo abhängen, in welchem der Landtag seine Arbeiten erledigen wird. An einen Abschluß derselben am 1. Februar ist nicht zu denken. Sollten besonders die Ansichten der liberalen Blätter durchdringen, daß den Etats-Beratungen mehr Zeit zuzuwenden sei, so würde man sich gefaßt darauf machen müssen, daß allein die Verhandlungen über den Staatshaushalts-Etat den ganzen Monat Januar in Anspruch nehmen würden. Für die Erledigung der übrigen bereits gemachten Vorlagen würde dann kaum der Monat Februar hinreichen, abgesehen davon, daß die Regierung auch noch anderweitige Vorlagen in Aussicht gestellt hat. Es würde hierdurch zugleich fraglich werden, ob das Zollparlament bereits Anfang März zusammenzutreten kann, wie es jetzt beabsichtigt ist. — An eine Erledigung des Laaser'schen, die Redefreiheit betreffenden Antrags im Sinne der liberalen Forderungen ist in dieser Session nicht zu denken. Die Angelegenheit könnte nur negativ zum Austrag gebracht werden, wenn das Herrenhaus den Antrag pure ablehnte und derselbe somit wenigstens für diese Session zu den Akten gelegt würde. Sollte indessen das Herrenhaus eine Amendirung des Antrags belieben, so müßte der amendirte Antrag, weil er eine Verfassungsänderung in sich schließt, nicht nur im Herrenhaus, sondern später auch wieder im Abgeordnetenhaus eine doppelte Abstimmung erfahren. Der ganze Vorgang kann daher höchstens über die Stellung der beiden Häuser und der Regierung zu dem Antrage Aufklärung geben, ohne daß dieser selbst zum sachlichen Abschluß gelangt. — Die Nachricht, daß in dem jüngsten Ministerrath die neue Kreisordnung den Gegenstand der Beratung gebildet habe, ist unbegründet. Es ist in demselben eine Reihe unbedeutender Disziplinarfälle verhandelt worden, für welche das Staatsministerium bekanntlich die höchste Recurs-Instanz bildet. — Der Kultus-Minister Herr von Müllner ist zwar in der Besserung begriffen, doch noch nicht so weit wieder hergestellt, daß er schon in nächster Zeit an den Landtags-Verhandlungen theilnehmen könnte. Der Etat des Kultusministeriums wird daher auch erst später auf die Tagesordnung gesetzt werden können. — Da die Weissagungen eines Berliner Korrespondenten über die Ernennung von Feldmarschällen zu Neujahr nicht in Erfüllung gegangen ist, setzt derselbe jetzt einen anderen Termin und zwar auf das Ordensfest für dieselbe an. Da aber am Ordensfest keine anderen Auszeichnungen als Ordensdecorationen verliehen werden, so wird der Korrespondent in die Lage kommen, seinen Termin abermals verlagern zu müssen, vielleicht aufs künftige Neujahr. — Bemerkenswerth ist, daß die Nachricht, der Prinz Friedrich von Augustenburg suche eine Annäherung an die preussische Königsfamilie, um eine Abfindung für seine angeblichen Ansprüche auf die Elberzogthümer zu erlangen, gerade in liberalen Kreisen Aufregung verursacht, denselben Kreisen, die seine Legitimität früher mit einer gewissen Schwärmerie vertreten haben. — Der Nothstand in Ostpreußen wird fortwährend von der Demokratie in der frechsten Weise mißbraucht, die unter dem Vorwand der Theilnahme für das Unglück unserer Brüder in Ostpreußen Unruhe und Mißstimmung in die Gemüther zu tragen sucht. Die Regierung hat wiederholt Berichterstatter nach der Provinz Preußen gesandt, die in der Lage gewesen sind, nicht nur das Sachverhältniß beurtheilen zu können, sondern auch mit den geeigneten Mitteln zur Kenntnisaufnahme in Verbindung zu treten. Aus den Berichten derselben geht hervor, daß der Nothstand zwar sehr beklagenswerth ist, wie es nicht anders sein kann, wo sich zur Misere ein strenger Winter gesellt, daß er indessen die Höhe und den Umfang nicht erreicht, die ihm eine unparteiische Presse beizulegen sich bemüht. — Von dem Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten war bekanntlich der Geh. Regierungsrath Creiff nach der Provinz Preußen geschickt, um mit den dortigen Behörden die nöthigen Verabredungen zur Milderung des Nothstandes durch Meliorationsarbeiten zu treffen. Es ist jetzt beschlossen worden, daß für diese Arbeiten von den außerordentlich bewilligten 100,000 Thlr., 72,000 Thlr. sofort zur Verwendung kommen und über die Verwendung der noch übrigen 28,000 Thlr. definitive Beschlüsse später gefaßt werden sollen. Man wird mit diesen Arbeiten, sobald es die Witterung gestattet, an 10 Stellen vorgehen und hofft dadurch 1200—1300 Arbeiter beschäftigen zu können. Außer der außerordentlichen Bewilligung von 100,000 Thlr. wird der Provinz Preußen natürlich auch ihr Theil an dem gewöhnlichen Meliorationsfonds bleiben, der auf dem Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums steht. — Der Handelsminister hat auf den Staatsbahnen und den unter Staatsaufsicht stehenden Eisenbahnen die Ermäßigung der Fracht für alle Gegenstände bewilligt, die an den „vaterländischen Frauenverein“ oder den „Hilfsverein für Ostpreußen“ gerichtet sind oder von diesen ausgehen, wenn sie die Aufschrift „zur Linderung der Noth in Ostpreußen“ tragen.

Berlin, 6. Januar. Sr. Maj. der König arbeitete am Sonntag Vormittags und ertheilte darauf Audienz. Nach einer Spazierfahrt fand die Familientafel beim Prinzen Friedrich Carl im königlichen Schlosse statt. Abends erschien der Hof in der Oper und nach dem Schluß derselben war im königlichen Palais die Bergesellschaft, zu der auch die Grafen v. d. Goltz, der preussische Botschafter in Paris und der Generalmajor, Kommandeur der 19.

Kavallerie-Brigade, Einladungen erhalten hatten. Gestern Morgens empfing der König den Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, sowie den Gouverneur von Mainz, General der Kavallerie Prinz Wolbemar von Schleswig-Holstein, den Kommandeur der 21. Kavallerie-Brigade, Generalmajor v. Rauch, welche sich vor der Abreise nach Mainz und Frankfurt a. D. verabschiedeten, nahm darauf die Vorträge der beiden Hofmarschälle Grafen v. Pücker und Perponcher, des Geh. Rabinetsrathes v. Müllner, des Geh. Hofrathes Bock entgegen und arbeitete nach einer Ausfahrt mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Das Diner nahmen der König und die Königin mit dem Kronprinzlichen Paare ein.

— Der Kronprinz empfing Sonntag Mittags den Botschafter Grafen v. d. Goltz.

— Der österreichische Gesandte und der französische Botschafter hatten am Sonnabend eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten.

— Die vom Bundesrathe des Norddeutschen Bundes berufene Kommission zur Ausarbeitung einer Zivil-Prozess-Ordnung hielt am Sonnabend eine Sitzung, in welcher der Bundeskanzler zugegen war.

— Dem hier gebildeten „Hilfsverein für Ostpreußen“, sowie seinen Organen und Zweigvereinen, ist Postfreiheit für alle Korrespondenzen mit Behörden und Privatpersonen, sowie für Geldbeiträge, welche von letzteren eingekendet werden, bewilligt worden. Die Sendungen müssen als „Angelegenheiten des Hilfsvereins für Ostpreußen“, resp. „Beiträge für den Hilfsverein für Ostpreußen“, auf der Adresse bezeichnet sein.

— Die öffentlichen und unentgeltlichen Vorlesungen, welche auch in diesem Jahre auf Veranlassung Seiner Excellenz des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten im Saale der königlichen Bergakademie hieselbst gehalten werden sollen, werden die Lehre von den Brennmaterialien umfassen. Es darf vorausgesetzt werden, daß dasselbe rege Interesse, welches das Publikum den in den verflochtenen beiden Wintern über Kupfer und über Eisen an derselben Stelle gehaltenen Vorträgen geschenkt hat, sich auch dem diesmaligen Stoffe zuwenden werde.

— Ueber die Bestimmung Oesterreichs in der Zukunft sagen die „Times“: Was sonst ein Kaiserreich war, ist nun ein dualistischer Staat. Welches auch die Ansichten der slavischen Provinzen sind, die Ungarn haben kein Interesse an der Wiedererlangung des österreichischen Uebergewichts in Deutschland. Welche Pein es auch dem „warmen Deutschen Herzen“ des Herrn v. Brust verursachen mag, so kann doch nicht geklagt werden, daß Bismarck's Rath, Oesterreich sollte seinen Mittelpunkt östwärts verlegen, nicht minder richtig als freundschaftlich war. Nur wenn es alle Ansprüche auf Deutschland aufgibt und sich wirklich mit Preußen ausöhnt, kann Oesterreich hoffen, die geeignete Position zu gewinnen. Es ist der König der Donau, und nichts als die Verblendung, welche die kaiserliche Regierung verleitet, ihre Kräfte in Italien und Deutschland zu vergeuden, beraubt sie der Suprematie, die ihr die Natur über die südslavischen Racen verliehen hatte. Welches auch die Eifersüchteleien zwischen Oesterreich und Preußen in ihren heimischen Beziehungen sind, so sind doch diese zwei Mächte der übrigen Welt nöthig und einander gewissermaßen ergänzend.

— Nach verlässlichen Mittheilungen, die in hiesigen militärischen Kreisen circuliren, hat sich Dreys über die Chassepotgewehre günstig geäußert. Das Urtheil des Verstorbenen scheint der französischen Regierung bekannt geworden zu sein, aber zugleich auch sein Vorwurf gegen die Konstruktion des halbboffenen Patronenlastens, der das Tragen des geladenen Gewehres bei regnerischem Wetter nicht gestattet. Die bestandene Probe an den „rothen Bloufen“ hat zwar nicht Gelegenheit gegeben, diesen Uebelstand zu konstatiren, aber man soll in Frankreich doch daran sein, die Konstruktion in diesem Sinne zu verbessern, wie sich Dreys darüber geäußert. Außerdem soll derselbe gewarnt haben, die neueren Verbesserungssysteme, welche auf eine Vermehrung der Schüsse abzielen, zu adoptiren und unterstützte seine Meinung mit Bezugnahme auf die Führung der Waffe und mit technischen Gründen.

— Ueber die im Bundes-Militäretat zu erwartenden Mehrforderungen bringt das „Mil.-Wochenbl.“ einige Aufklärungen. Die Gehalte der Offiziere sind, wie die „Sp. Ztg.“ dazu bemerkt, um 60 bis 400 Thlr. erhöht, woraus sich schon etwa 800,000 Thlr. summiren; der Verpflegungszuschuß für die Soldaten, drei Pfennige pro Kopf und Tag, bezieht sich auf 900,000 Thaler. Dazu kommen Erhöhungen des Pferdebestandes bei den Fußbatterien, des Lieutenantsstandes bei den Kavallerie-Regimentern, Erhöhung gewisser Reisegelder, so daß hieraus allein die anfänglich offiziös zugestandene Erhöhung um zwei Millionen erschöpft ist, ohne daß dabei die Mehr-Ausgabe für die Ernährung der Pferde bestritten wäre.

— Die Panzerfregatte „Kronprinz“, welche als die erste der norddeutschen Marine hinzugetreten ist, wurde unter Aufsicht preussischer Marine-Ingenieure von Samuda Brothers zu Poplar bei London gebaut. Ueber die Konstruktion des Schiffes geben wir nach den Mittheilungen mehrerer Fachblätter folgende Angaben. Sie hat eine Länge von 286 Fuß in der Wasserlinie bei 50 Fuß Breite und 36½ Fuß Rauntiefe, einen Tonnengehalt von 3000 und ein Displacement von 196,000 Kubikfuß. Die Höhe der Batterie beträgt 7 Fuß 6 Zoll; die letztere ist auf 120 Fuß Länge von dem 5 Zoll starken Panzer geschützt und gewährt Raum für 14 Geschütze des schwersten Kalibers; nach vorn und hinten ist diese sogenannte Kasemate durch gepanzerte Wände geschlossen und von dem übrigen nicht gepanzerten Theil des Batteriedecks getrennt; ihre Decke ist mit Stahlplatten eingedeckt, die unter den Deckplanen des Oberdecks liegen. Das Unterschliff ist in einer Höhe von 4

Fuß unter der Wasserlinie bis zum Fußboden jener Kasemate in der ganzen Schiffslänge mit einem Panzer versehen, der in der Mitte 5 Zoll, nach den Enden zu 4½ Zoll stark ist; dieser Panzer schützt zugleich das Ruder und den Steuerapparat. Ueberall tritt zu den angegebenen Panzerdecken noch die unter der Holzunterlage befindliche innere Eisenhaut von ½ Zoll mittlerer Stärke hinzu. Außerdem sind noch die beiden auf dem über der Kasemate befindlichen Oberdeck stehenden Pivotgeschütze — ein Jagdgeschütz im Bug und ein Rückzuggeschütz am Heck — durch je ein Panzerschild gedeckt. Der eigentliche Schiffkörper ist von Eisen, hat doppelten Boden und im Zwischenraum in einiger Entfernung von den Bordwänden wasserdichte eiserne Längsschotten. Der Vorsteven hat die übliche Schwannenhalsform. Das Schiff ist als Schoonerbart getakelt, mit eisernen Masten, die zugleich als Ventilatoren dienen, und stählernen Raagen. Seine direkt wirkenden Trunkmaschinen von zusammen 800 nom. Pferdekraften sind von Penn u. Son in Greenwich gefertigt; sie arbeiteten bei der Probefahrt bis zu 4800 indirekten Pferdekraften auf. Diese Probefahrt, welche bei bewegter See und frischer Brise und einem mittleren Tiefs gange des Schiffes von 23' 9" stattfand, ergab eine mittlere Geschwindigkeit von 14½ Knoten. — Ganz ähnlich in den Dimensionen, der Konstruktion und Takelung ist die Panzerfregatte „Friedrich Carl“, welche von der Sociéte nouvelle des formes et chantiers de la Méditerranée zu La Seyne bei Toulon ebenfalls unter Aufsicht preussischer Ingenieure gebaut wurde. Am wesentlichsten unterscheidet sie sich von der ersteren dadurch, daß ihr 5 Zoll starker Panzer nur bis 3 Fuß unter die Wasserlinie reicht, dafür aber darunter noch einen 3 Fuß breiten und 4½ Zoll starken Panzerplattengang hat, so daß sie bis 6 Fuß unter Wasser gepanzert ist. Der Bug ist auch im Batteriedeck gepanzert, dafür aber fehlt das Panzerschild bei dem Rückzuggeschütz auf dem Oberdeck. Die Ramme ist kegelförmig. Die Maschinen sind in Marseille gebaut, die Panzerplatten in St. Chamond bei Lyon gewalzt.

— Der Zusammentritt des Lehr-Infanterie-Bataillons in Potsdam ist zum 1. April befohlen, und zwar in einer verstärkten und veränderten Formation. Es werden zu demselben außer von den sämmtlichen norddeutschen Contingenten, auch diesmal Offiziere und Mannschaften der bayerischen und badenschen Armeen in einer entsprechenden Anzahl kommandirt werden.

— Am Sonnabend, den 18. d. M., dem eigentlichen Krönungstage, wird in den Zimmern des Schwarzen Adlers im königlichen Schlosse ein Kapitel des Schwarzen Adlerordens abgehalten werden.

Kiel, 6. Januar. Die „Kielser Zeitung“ schreibt: Bei der nunmehr erfolgten Aufnahme Lauenburgs in den Zollverein wird eine Nachverpflanzung der Baarenquantitäten, welche ein gewisses Maximum überschreiten, stattfinden. Die Ausfuhr ist mit Ausnahme von Branntwein, Tabak und Zucker gestattet.

Rastenburg, 6. Januar. Der Provinzial-Steuer-Direktor Jordan in Lüdicke ist mit dem Mandate betraut worden, den Anschluß Lauenburgs an den Zollverein in Vollzug zu setzen.

Köln, 5. Januar. Die vor einigen Jahren hier gesammelten Gelder für die deutsche Flotte, welche verzinslich angelegt worden, sind im Betrage von 3852 Thaler an den Bundeskanzler Grafen Bismarck abgesandt, um nunmehr für die norddeutsche Flotte zur Verwendung zu gelangen.

Barby, 5. Januar. Auch diesmal hatte der Bundeskanzler Graf Bismarck die Einladung zu einer Jagd beim Amtsrath Dieze angenommen. Er kam am Sonntage gegen Abend an, fuhr durch die festlich illuminierte Hauptstraße der Stadt und erwiderte die freudigen Zurufe der Bürger mit freundlichen Grüßen. Bald nachdem er angekommen war, erschien eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten und bat ihn, von der Stadt Barby das Ehrenbürgerrecht anzunehmen. Er war sichtlich überrascht, dankte freundlich und erklärte, daß es ihm eine Ehre sei, Bürger dieser Stadt zu werden. — Bei der am folgenden Tage veranstalteten Jagd erlegte der Bundeskanzler selbst 153 Hase und 1 Rebhuhn, und am Vormittage des dritten Tages, wo nur noch zwei kleine Treiben gemacht wurden, 33 Hasen.

Wiedenbrück, 3. Januar. In diesen letzten Tagen ist dem Dr. Ellendorf hieselbst die Mittheilung zugekommen, daß ihm als Konsul der central-amerikanischen Republik Costa-Rica für den Umfang des norddeutschen Bundes das Equator ertheilt worden sei.

Köthen, 5. Januar. Man schreibt von hier der „Magd. Ztg.“: „Da jetzt in Ausführung der Verfassung des norddeutschen Bundes überall die diplomatische Vertretung des Bundes durch Gesandte, Konsuln etc. in Ausführung kommt, so dürfte wohl die Notiz von Interesse sein, daß die Stelle des diesseitigen Ministerresidenten am preussischen Hofe, welche bisher Graf v. Beust inne hatte, der in gleicher Eigenschaft auch für die thüringischen Staaten in Berlin fungirte, bereits vor einigen Monaten gänzlich eingezogen worden ist. So viel wir wissen, haben gleichzeitig auch die thüringischen Staaten diese Minister-Residentur in Berlin aufgehoben. Es dürfte dies sowohl diesseits wie von den thüringischen Staaten hauptsächlich wohl aus dem Grunde erfolgt sein, weil nunmehr die Bundesstaaten ausreichend in dem Bundesrathe vertreten sind und somit auch etwaige Sonderangelegenheiten ohne weitere Kosten und Zeitaufwand am Siege des Bundespräsidiums zur Erledigung gebracht werden können, wie das denn auch bereits in mehreren Fällen entsprechend stattgefunden hat.“

Chemnitz, 5. Januar. Die hiesige Handels- und Gewerbestammer hat in ihrer Sitzung vom 30. v. Mt. beschlossen, bei unserer Regierung zu petitioniren, schleunigst ein neues Hypothekengesetz zu entwerfen, um es dem Bundesrathe des norddeutschen Bundes zur Annahme, beziehentlich zur Vorlage beim Reichs-

